

Antrag

der Fraktion der CDU

Mit Investitionen gestärkt aus der Coronakrise hervorgehen - Konsequente und beschleunigte Vergabe von Fördermitteln

- I. Die Landesregierung wird gebeten, zu folgenden Fragestellungen zu berichten:
 1. Wie viele Fördermittelanträge sind in diesem Jahr im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum gestellt und wie viele sind bisher bewilligt worden?
 2. Wie hoch ist das Volumen der bisher ausgezahlten im Verhältnis zu den beantragten Fördermitteln und wie stellt sich dieses Verhältnis im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum dar?
 3. Welches Volumen haben die bisher ausgezahlten Fördermittel im investiven und konsumtiven Bereich und wie war das Verhältnis im entsprechenden Vorjahreszeitraum?
 4. Welche der beantragten Fördermittel mit welchem Volumen sind für den kommunalen Bereich vorgesehen und wie gestaltete sich dies im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum?
 5. Welche der beantragten Fördermittel mit welchem Volumen sind für den privat-wirtschaftlichen Bereich vorgesehen und wie gestaltete sich dies im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum?
 6. Bei welchen Förderprogrammen wurde in diesem Jahr ein Antragsstopp vorgenommen und warum?
 7. In welchen Bereichen gibt es einen Auszahlungsstopp von Fördermitteln aufgrund einer drohenden Haushaltssperre?
 8. Wie viele Mittel für Infrastrukturmaßnahmen des Landes sind in diesem Jahr im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum abgeflossen?
 9. Wie viele Mittel sind im Haushaltsplan 2020 für Infrastrukturmaßnahmen des Landes vorgesehen?
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, in allen Ministerien und Landesbehörden und -gesellschaften eine konsequente und beschleunigte Vergabe von Fördermitteln zu ermöglichen sowie vorhandene Förderanträge konsequent abzuarbeiten, um den Standort Thüringen in der COVID-19-Pandemie zu stärken.
- III. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Anteil der förderfähigen Kosten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) für Infrastruktur, Gewerbegebiete und Tourismus sowie bei Landesprogrammen und der Städtebauförderung für zwei Jahre auf 95 Prozent anzuheben.

IV. Die Landesregierung wird aufgefordert, für die folgenden Jahre geplante Investitionsvorhaben vorzuziehen und dazu erforderlichenfalls einen Nachtragshaushalt vorzulegen, um den Nachfragerückgang im Zuge der COVID-19-Pandemie teilweise zu kompensieren.

Begründung:

Thüringen, Deutschland und die Welt stehen vor einer historischen Herausforderung. Die COVID-19-Pandemie belastet neben dem Gesundheitsbereich im Besonderen die Wirtschaft. Alleine in diesem Jahr erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute einen Rückgang der Wirtschaftskraft in Deutschland von bis zu sieben Prozent. Die Auswirkungen zeigen sich immer deutlicher auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahlen steigen und eine Entwarnung ist nicht in Sicht. Deshalb muss die Landesregierung vor allem darauf achten, die zur Verfügung stehenden Fördermittel zügig zu verausgaben. Der Thüringer Aufbaubank, die neben der Vielzahl an Förder- und Kreditprogrammen des Freistaats auch die Corona-Soforthilfen ausgegeben hat, kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Aus diesem Grund muss die Leistungsfähigkeit der Thüringer Aufbaubank vorübergehend so erhöht werden, dass Unterstützungsmaßnahmen schnell Wirkung entfalten können. Unter Umständen können Infrastruktur- beziehungsweise Investitionsmaßnahmen des Freistaats vorgezogen werden, um dem Nachfragerückgang aufgrund der Pandemie, die einen nicht vorhersehbaren exogenen Schock darstellt, entgegenzuwirken.

Für die Fraktion:

Bühl